

Orbán verbietet Regenbogenfahne: Folgen für Budapest Pride!

Ungarns Premier Orbán verbietet LGBTQ-Symbole an Regierungsgebäuden vor dem Budapest Pride-Festival 2025. Kritiker fordern Maßnahmen.



Budapest, Ungarn - Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat mit einem neuen Dekret die Zurschaustellung von LGBTQ-Symbolen, insbesondere der Regenbogenfahne, an Regierungsgebäuden untersagt. Diese Maßnahme tritt kurz vor dem 30. „Budapest Pride“-Festival in Kraft. Orbán erhält in Ungarn Beifall für diese Entscheidung, die als weiterer Schritt zur Einschränkung der Rechte von LGBTQ-Personen betrachtet wird **Compact Online** berichtet.

Das Dekret verbietet nicht nur das Zeigen von Symbolen sexueller Minderheiten an Regierungs- und Zentralbankgebäuden, sondern könnte auch die ohnehin schon angespannten Verhältnisse während des Festivals verschärfen.

Kommunale Einrichtungen, wie das Budapester Rathaus, das regelmäßig die Regenbogenflagge während des Festivals hisst, sind von dieser Regelung allerdings ausgenommen **Kosmo**. Trotz rechtlicher Unsicherheiten und drohenden Verboten beabsichtigen die Organisatoren jedoch, die Pride-Parade am 28. Juni durchzuführen.

Politische Reaktionen und EU-Kritik

Orbán rechtfertigt seine Politik häufig mit dem Schutz von Kindern. In diesem Zusammenhang schränkt er seit Jahren die Rechte von LGBTQ-Personen ein. Ein unabhängiger Rechtsberater des Europäischen Gerichtshofs hat empfohlen, Ungarn wegen seines Anti-LGBTQ-Gesetzes, das das Demonstrieren oder Fördern von Homosexualität vor Minderjährigen verbietet, zu verurteilen. Dies bezeichnet Orbán als „beschämend“ und betont, dass für ihn der Schutz der Kinder wichtiger sei als die Freiheit zur Verbreitung sexueller Propaganda **Kosmo**.

Die EU-Kommission sieht die ungarischen Gesetze als Verletzung des Europarechts und droht mit Konsequenzen, einschließlich des Entzugs von Stimmrechten für Ungarn auf EU-Ebene, falls die Regierung nicht reagiert. Mehrere EU-Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, äußern Besorgnis über die neuen Gesetze, die auch Geldstrafen für Pride-Demonstrationen und Maßnahmen wie automatische Gesichtserkennung bei solchen Events vorsehen. Diese Entwicklungen gefährden die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit **ZDF**.

Soziale Auswirkungen und interne Herausforderungen

Inmitten dieser politischen Kontroversen sind viele Ungarn auch mit sozialen Herausforderungen konfrontiert. Hohe Inflation verschärft Probleme wie Armut und Korruption. Viktor Orbán gibt dafür die EU die Schuld und versucht, die Aufmerksamkeit von

innenpolitischen Herausforderungen abzulenken. Auch die Arbeit von ausländisch geförderten Zivilorganisationen steht unter Druck, was die ohnehin kritische Lage für engagierte Stimmen im Land weiter verschärft.

Die ungarische Regierung sieht die neue Verordnung als Bestätigung ihrer Verpflichtung zur Bekämpfung von „LGBTQ-Propaganda“, die angeblich auf Kinder abzielt. Orbáns Europaminister Janos Boka hat Vorwürfe eines Pride-Verbots zurückgewiesen und hofft auf ein besseres Verständnis der ungarischen Gesetzgebung. Dennoch bleibt das internationale Augenmerk auf Ungarns Umgang mit LGBTQ-Rechten gerichtet **ZDF**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Budapest, Ungarn
Quellen	• www.compact-online.de • www.kosmo.at • www.zdfheute.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net